Der Bundesanwalt muss in den Ausstand

Fussball-Korruption Wegen informeller Treffen mit Fifa-Chef Gianni Infantino erklärt sich Gerichtspräsident Michael Lauber für befangen. Die Tür zu Türen in Hotels und Restaurants scheinen laut dem Richtern das Gebot der Gleichbehandlung.

Fifa-Ermittler Michael Lauber, der Bundesanwalt, Rücktritt erklärte. | Foto: Anthony Anex (Keystone)

Keine Transparenz für Lobbyisten

Nationalrat Vier Jahre nach der Kasachstan-Affäre wird der letzte Reformvorschlag versenkt.

«Der grosse Berg hat eine ganz kleine Maus geboren», sagte FDP-Nationalrat Kurt Fluri – doch ihm und der Mehrheit seiner Ratskollegen ist sogar die Maus zu gross. Mit 103 gegen 72 Stimmen lehnte es der Nationalrat ab, über eine parlamentarische Initiative zum Thema Lobbying auch nur zu diskutieren.

Ihr Urheber war der SP-Ständerat Didier Berberat. Er reichte die Initiative 2015 ein, nachdem die Kasachstan-Lobby-Affäre die politische Schweiz wochenlang in Atem gehalten hatte. Sein erklärtes Ziel war es, das Lobbying transparenter zu gestalten. Professionelle Lobbyisten, die einen Badge fürs Bundeshaus haben, sollten künftig ihre Auftraggeber offenlegen.

Ursprünglich hatte Berberat einen grundlegenderen Systemwechsel im Sinne gehabt. Die übrigen Elemente seines Vorschlags hatte schon der Ständerat gestrichen. Und jetzt versenkte eine Mehrheit aus SVP-, FDP- und CVP-Nationalräten auch noch den letzten Überrest. SP, Grüne und GLP wehrten sich vergeblich.

Ein Lobby-Register erhöhe die Bürokratie und bringe wenig, sagte Michaël Buffat (SVP, FR). Marco Romano (CVP, TI) ortete ein staatspolitisches Problem, wenn den Lobbyisten in einem Bundesgesetz plötzlich eine institutionelle Rolle zukäme.

Er und andere Bürgerliche wiesen darauf hin, dass der Grossteil des Lobbyings ausserhalb des Bundeshauses stattfinde – bei persönlichen Treffen in Restaurants, per Telefon oder Mailkontakt. Darum sei das Lobby-Register «ein Placebo, ein nicht wirkendes Medikament», sagte Ruth Humbel (CVP).

Damit war Nadine Masshardt (SP, BE) überhaupt nicht einverstanden. Sie argumentierte, der Rat könne die Vorlage ja jederzeit ausbauen. Klar ist, dass Masshardt und ihre Mitstreiter eine ganze Batterie von Anträgen parat hätten, um auch die Parlamentarier zu mehr Transparenz zu zwingen.

Bürgerliche Abweichler

Doch nicht nur Linke votierten für mehr Lobby-Transparenz. Auch FDP-Nationalrat Matthias Jauslin (AG) setzte sich gegen die Mehrheit seiner Fraktion dafür ein, wenigstens «einen kleinen Schritt in Richtung mehr Transparenz zu machen». Die Argumente der Gegner bezeichnete Jauslin als Ausreden.

In allen bürgerlichen Fraktionen gab es Abweichler, die für das Lobby-Register stimmten – in der FDP neben Jauslin etwa Isabelle Moret (VD) und Regine Sauter (ZH), in der SVP etwa Peter Keller (NW) und Lukas Reimann (SG), in der CVP etwa Guillaume Barazzone (GE) oder Kathy Riklin (ZH).

Nun geht der Vorstoss nochmals in den Ständerat. Sollte dieser daran festhalten, wird der Nationalrat abschliessend darüber entscheiden. Berberats Initiative ist der allerletzte einer langen Reihe von Vorstössen, die 2015 nach der Kasachstan-Lobby-Affäre eingereicht wurden. Alle hatten zum Ziel, Einflussnahmen im politischen Prozess transparenter zu machen – alle wurden vom Parlament versenkt.

Markus Häfliger